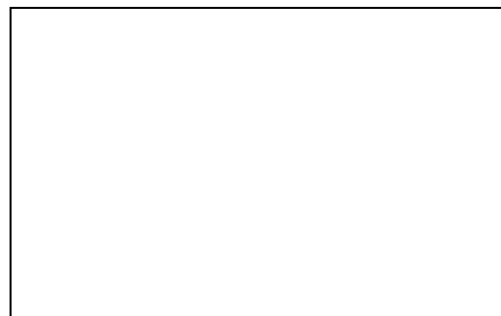


An die
Gemeinde Hollersbach
Hollersbach 12
A-5731 Hollersbach



Bauanzeige für eine anzeigepflichtige Maßnahme

gemäß §3 Abs. 1 BauPolG 1997

Bauherr (Vor – und Zuname) Bezeichnung der juristischen Person	
Anschrift Telefonnummer	
Ausführungsort der baulichen Maßnahme: (Grundstücksnummer, Einlagezahl, Katastralgemeinde)	GN: EZ: KG:
Beschreibung des Bauvorhabens (Art der Konstruktion, Ausmaß, Materialien etc.)	
<hr/>	
Ort, Datum	Unterschrift Bauherr (in)

Beilagen:

- planliche Darstellungen (Skizzen), aus welchen die Einhaltung der Vorgaben für die Bewilligungsfreiheit eindeutig hervorgeht
- Lagepläne für **Solaranlagen/Windkraftanlagen**
 - einerseits ein Lageplan, aus dem die Situierung auf dem Grundstück hervorgeht
 - weiters ein Plan, aus dem der Aufstellwinkel hervorgeht
- Beschreibung der geplanten Maßnahme (eventuell vorhandene Projektunterlagen)
- bei Windkraftanlagen auf Standorten, die nicht als Grünland-Windkraftanlagen ausgewiesen sind, Bestätigungen über die Einhaltung des Lärmemissionsgrenzwertes an der Grundstücksgrenze
- bei bewilligungsfreien Maßnahmen gemäß § 2 Abs2 Z 17 und 17a (Wärmedämmungen), die das Ausmaß einer größeren Renovierung erreichen, die Berechnung des Prozentmaßes der davon erfassten Gebäudehülle, eine Darstellung gemäß § 5 Abs 4 lit g und ein Energieausweis

Bitte beachten Sie auch die Hinweise auf der Rückseite

Anzeigepflichtige Maßnahmen gem. § 3 (1) BauPolG Sind:

- nachträgliche Wärmedämmungen von Außenwänden bis 20 cm Stärke, allenfalls auch unter Unterschreitung von Abstandsbestimmungen bis zum genannten Ausmaß (§ 2 Abs 2 Z 17)
- nachträgliche Wärmedämmung von Dächern bis zu 30 cm Stärke, im rechten Winkel zur Dachfläche gemessen, allenfalls auch unter Überschreitung der höchstzulässigen Höhe bis zum genannten Ausmaß, aber ohne Unterschreitung von Abstandsbestimmungen (§ 2 Abs 2 Z 17a)
- Solaranlagen (§ 2 Abs 2 Z 20)
- Windkraftanlagen (§ 2 Abs 2 Z 24a)

Einfriedungen bedürfen nur gem. § 2 (2) Z.24 BauPolG **keiner Baubewilligung**, wenn:

Einfriedungen gegen öffentliche Verkehrsflächen im Bauland oder von Grundstücken, für die eine gleiche Verwendung im Einzelfall zulässig ist (§§ 36 Abs 3, 40 Abs 4, 46, 47 und 48 des Salzburger Raumordnungsgesetzes 2009 – ROG 2009) soweit sie sich innerhalb des Bauplatzes befinden, ihre Sockelhöhe 0,8m und Gesamthöhe 1,5m nicht übersteigt und der über eine Höhe von 0,8m hinausgehende Teil nicht als Mauer, Holzwand oder gleichartig ausgebildet ist;